



MONTAG, 27. November 1989  
Nummer 210/89

28. a.o. BUNDESPARTEITAG "ZUKUNFTSPARTEITAG"

DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

am 24. und 25. NOVEMBER 1989

IN GRAZ

**HINWEIS:** Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt die Broschüre "ERFOLGE FÜR ÖSTERREICH - Gesagt. Getan. 1000 Tage ÖVP in der Regierung" (Ausgabe 2) bei.



## KULTUR UND POLITIK - VERSUCH EINES NEUEN DIALOGS =

Graz (ÖVP-PD) Wenn Kunst und Kultur ein prägendes Element für das geistige Klima eines Landes sind, dann ist es Aufgabe der Politik, sich damit auseinanderzusetzen. Kultur als Rohstoff ist für ein kleines Land wie Österreich auch von wirtschaftlicher Bedeutung. Wenn Österreich als Kulturland in dieser Welt etwas bedeuten will, dann muß es seine Ressourcen nutzen. Politik muß Rahmenbedingungen verbessern und überdenken, sagte der Kultursprecher der Österreichischen Volkspartei, Abg. Kurt BERGMANN, zu Beginn des Kulturgespräches "Kultur und Politik - Versuch eines neuen Dialogs" gestern, Donnerstag, am Vorabend des Zukunftsparteitages der Österreichischen Volkspartei. Diese Veranstaltung soll Denkanstöße bei den Verantwortlichen auslösen. \*\*\*\*

## RIEGLER: DISKUSSION IST BEGINN EINES STÄNDIGEN DIALOGES

Der Bundesparteitag in Graz werde bewußt mit dieser Diskussionsveranstaltung begonnen. Denn die Auseinandersetzung zwischen politisch Verantwortlichen und Kulturschaffenden und -trägern werde eine Hauptfrage der nächsten Jahre werden, erklärte Vizekanzler Dipl.Ing. Josef RIEGLER bei der Diskussionsveranstaltung.

Sein, RIEGLERs, Vorbild sei dabei Hanns KOREN, der den Mut und die Kraft hatte, die Kunst sich entfalten zu lassen, ohne auf Fehlinterpretationen und Anfeindungen zu hören. In diesem Sinne sei dies nicht das letzte derartige Gespräch, sondern der Beginn eines ständigen Dialoges.

Künstler seien die Antennen einer Zeit und ihrer Gesellschaft und ertasteten, "was auf uns zukommt". Die Politiker müßten durch das Erkennen von Gefahren und Chancen die Zukunft gestalten. Dieser Dialog zwischen den Seismographen und den Wegbereitern müsse vorhanden sein und leben. Dazu müsse die Kunsterziehung breiter und tiefer in den Bildungsbereich integriert werden, forderte RIEGLER.

Im Zuge der Diskussion betonte der Vizekanzler seinen Vorschlag, den Kunstkauf vor allem Privater steuerlich begünstigen.

## BUSEK: WELTAUSSTELLUNG MUSS KULTUR ALS INHALT HABEN

Die Weltausstellung Wien - Budapest 1995 habe nur Sinn, wenn sie nicht Kultur als Begleiterscheinung, sondern als Inhalt habe. Kultur sei das bildende Element unserer Zeit. Auch die Vorbereitung auf die Weltausstellung müsse mit Kulturveranstaltungen begleitet werden.

Das Verhältnis zwischen Kultur und Politik leide in erster Linie an Sprachproblemen. Unsere Gesellschaft bestehe hauptsächlich aus Kommunikation - aber in Wirklichkeit verstehe der Eine den Anderen nicht. Zudem fehle es in Österreich am Respekt vor geistigem Eigentum. Man müsse zwar für jede "lächerliche Kleinigkeit" etwas bezahlen, aber Ideen seien frei, betonte BUSEK.

MOCK: "ZWEI SCHWEIGENDE IN EINEM ABTEIL"

Die Distanz zwischen den Kulturschaffenden und den Politikern erinnere ihn an zwei, die in einem Abteil sitzen und nicht miteinander reden können, sagte Außenminister Dr. Alois MOCK in der Diskussion. Grundsätzlich sei er aber optimistisch, weil der kulturelle Fortschritt im Lauf der Jahrhunderte doch zu einer Humanisierung der Gesellschaft geführt habe, zuletzt in ganz rasanter Form in den Oststaaten.

Zur Präsenz Österreichs im Ausland durch die Kulturinstitute sagte MOCK, er sei dafür, daß dabei die Moderne im Vordergrund stehe. Man schäme sich aber fast, den Betrag zu nennen, der dem Außenministerium für die Auslandskultur zur Verfügung stehe. Mit Mühe und Not habe er für 1990 eine Erhöhung der diesbezüglichen Mittel auf 30 Millionen Schilling durchsetzen können. Es werde nun, aus der finanziellen Not geboren, zur Einrichtung von fünf Leseräumen in Osteuropa kommen. Ferner stehe die Errichtung eines Neubaus für das Österreichische Kulturinstitut in New York und die Eröffnung eines weiteren in Prag in Planung.

+++

ÖVP/Zukunfts-Parteitag

24.11.1989

## ZUKUNFTS-PARTEITAG DER ÖVP IN GRAZ ERÖFFNET

Diskussion über politische Weichenstellungen für die 90er-Jahre =

Graz (ÖVP-PD) Vizekanzler Bundesparteiobmann Dipl. Ing. Josef RIEGLER eröffnete heute, Freitag, den Zukunfts-Parteitag der ÖVP im Grazer Congress. Er steht unter dem Motto "Ökosoziale Marktwirtschaft - Neu denken. Für Wirtschaft und Umwelt" und wird bis morgen, Samstag mittag, dauern. Im Mittelpunkt des Parteitages stehen die Diskussionsforen zu den politischen Schwerpunkten der ÖVP für die 90er-Jahre unter besonderer Berücksichtigung des Modells der ökosozialen Marktwirtschaft. Weiters findet heute eine Podiumsdiskussion zum Thema "Zukunftsbild Europa" statt, an der auch Vertreter der demokratischen Bewegungen aus osteuropäischen Ländern teilnehmen. Der deutsche Bundeskanzler Dr. Helmut KOHL wird zum Abschluss des heutigen Beratungstages ein Referat zum Thema "Zukunftsbild Europa" halten. \*\*\*\*

Neben den zahlreich erschienenen Ehrengästen und den Vertretern des diplomatischen Corps begrüßte Vizekanzler Josef RIEGLER insbesondere auch die grosse Zahl von interessierten Bürgern, die die Volkspartei über Inserate zu ihrem Parteitag eingeladen hatte und denen damit die Möglichkeit gegeben wurde, die Diskussion über die politischen Vorstellungen der ÖVP direkt zu verfolgen.

## WEGART: DAS ÖSTERREICH VON MORGEN BEGINNT HEUTE

Als Stellvertreter des Gastgeberlandes Steiermark begrüßte der Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes und frühere steiermärkische Landtagspräsident Franz WEGART im Namen von Landeshauptmann Josef KRÄINER die Anwesenden. Dieser Parteitag habe sich die Aufgabe gestellt, die Zukunft zu gestalten. Jeder könne dazu beitragen in dieser Stunde Einigkeit für dieses Land, diese Gesinnungsgemeinschaft zu demonstrieren. Diese Solidarität und Einigkeit gelte vor allem dem ÖVP-Bundesparteiobmann Josef RIEGLER.

## RIEGLER: WERDE MEINE VERANTWORTUNG MIT GANZER KRAFT AUSÜBEN

In seinem politischen Einleitungsstatement ging Vizekanzler Josef RIEGLER vorerst auf die Arbeit und die Situation der Volkspartei ein und stellte dazu fest, viele würden eine Diskrepanz zwischen den sachlichen Erfolgen der Arbeit der Partei, dem Gewicht der Ideen für Österreichs Zukunft und der Beurteilung der ÖVP durch den Wähler mehr oder weniger schmerzlich spüren. Es gebe zum Teil eine gedrückte Stimmung bei den Funktionären und Mitarbeitern, deren er sich, so RIEGLER, bewusst sei. Es gehe aber darum, die gute Arbeit und die Erfolgchancen der ÖVP nicht durch Mißstimmungen zu gefährden.

# ÖVP-Pressedienst

Er sei im Mai dieses Jahres angetreten und als Parteiobmann gewählt worden, um aus einem Tiefstand heraus die ÖVP wieder voran zu bringen. Diese ihm übertragene Verantwortung werde er, betonte RIEGLER, mit ganzer Kraft und nach bestem Wissen ausüben, er habe für diese Aufgabe die uneingeschränkte Bereitschaft wie vor einem halben Jahr.

Ebenso klar stellte RIEGLER fest, dass er jedoch für nutzlosen Streit, halbherzige Loyalitäten oder als Reibebaum für jene, die ihren Mut damit beweisen, daß sie ihre Botschaften über Medien ausrichten lassen, nicht zur Verfügung stehe. "Wir haben gemeinsam unsere Arbeit zu leisten und unseren Erfolg anzustreben". Die ÖVP habe eine kritische Wählerschaft und werde streng nach Leistung beurteilt. "Wir werden uns daher auch mehr anstrengen, als alle anderen", meinte RIEGLER.

Politik sei für ihn kein Machtspiel und kein Medientheater oder Spektakel, sagte RIEGLER weiter, sondern harte Arbeit. Es gehe ihm darum, für Österreich eine Politik zu gestalten nach den geistigen Grundsätzen der ÖVP und darauf aufbauenden Programm der Erneuerung.

Von den Diskussionsforen dieses Parteitages erwarte er wichtige Impulse für die Regierungsarbeit, stellte RIEGLER fest. Dabei würde nicht die Phonstärke des Beifalls zeigen, ob ein politischer Weg richtig sei, sondern das Gesamtbild des Handelns. Dieses Gesamtbild gewinne die ÖVP aus ihren programmatischen Aussagen, die schon deshalb stärker hervorgekehrt werden müssten, um die Unterscheidbarkeit zwischen den Grossparteien, aber auch gegenüber der FPÖ, erkennbar zu machen.

Mit dem Leitantrag, den der Bundesparteitag beschließen werde, öffne sich der ÖVP eine Chance, mit ihren "Visionen für Österreich" die Politik der Erneuerung fortzusetzen. "Visionen" bedeute, daß die ÖVP fähig und bereit sei, den Blick über den Tag hinaus in die Zukunft zu richten, die kreativen und gestalterischen Kräfte in unserem Land zu aktivieren und die Entwicklungschancen Österreichs europa- und weltweit zu nützen, erklärte RIEGLER.

Der Parteitag biete Gelegenheit zur Diskussion, zur Auseinandersetzung, zum Gespräch. Er sei nach den Irritationen vergangener Wochen eine grosse Chance für die ÖVP. Daher sollte dieser Parteitag allen die Gewissheit geben, "dass wir miteinander mehr erreichen können", stellte RIEGLER fest.

## **KUKACKA: ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IST ENTSCHEIDENDE PROGRAMMATISCHE INNOVATION**

Das kommende Jahr ist ein Jahr der Entscheidung, der kommende Nationalratswahlkampf wird unter schwierigen Rahmenbedingungen zu führen sein. Obwohl die SPÖ derzeit um rund vier Prozent vor der ÖVP liegt, kann die ÖVP ihr Wahlziel erreichen, stärkste Partei nach der nächsten Nationalratswahl zu werden. Die ÖVP wird im kommenden Jahr verstärkt über die Zukunft und ihre Vorstellungen sprechen und die Wahlentscheidung zu einer Abstimmung über die

# ÖVP-Pressedienst

Programme und ÖVP-Themen machen, erklärte Generalsekretär Mag. Helmut KUKACKA in seinem Referat.

Die Stärken von Bundeskanzler VRANITZKY und FPÖ-Obmann HAIDER lägen weder in der Sachpolitik und auch nicht in den Wert- und Grundsatzfragen, sondern lediglich in der Präsentation. Um den Führungsanspruch zu realisieren, werde die ÖVP ihre Wirtschaftskompetenz zum zentralen Ansatzpunkt der Zukunftsarbeit machen. Die entscheidende programmatische Innovation sei dabei das Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft. Ihre schrittweise Ausformulierung und Kritisierung solle Josef RIEGLER und sein Team zu jenen Politikern und die ÖVP zu jener Partei machen, die im Gegensatz zu ihren Konkurrenten über einen durchdachten, weit in die 90er Jahre abzielenden großen politischen Entwurf verfügen, sagte KUKACKA.

Die Ergebnisse der bundesweit durchgeführten Diskussionsveranstaltungen "Visionen für Österreich" zeigten ganz klar, daß das Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft, der Kurs der Entstaatlichung und Privatisierung sowie die von uns vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen für eine vorbeugende Umweltpolitik als wichtige Schritte einer zukunftsorientierten und offensiven Politik bewertet wurden.

Jedenfalls sei klar ersichtlich, daß die ÖVP sowohl die Reparatur-, als auch die Planungsabteilung dieser Regierungskoalition sei. Dies benütze auch der SPÖ-Vorsitzende VRANITZKY der nach dem Rezept agiere: Man nehme die ÖVP-Vorstellungen und Konzepte der letzten Zeit, reduziere sie wegen mangelnder innerparteilicher SPÖ-Akzeptanz um 20 Prozent und verkünde sie als eigene Politik.

Im Gegensatz zu den ÖVP-Konzepten sei jenes Konzept "Sozialdemokratie 2000", das die SPÖ am letzten Parteitag vor rund einem Monat verabschiedet hat, nichts anderes als ein ideologischer "Eiertanz 2000" zwischen überholten sozialistischen Positionen und programmatischer Anpassung an marktwirtschaftliche Erfordernisse. VRANITZKY sei Prophet einer visionslosen SPÖ-Politik, die den Mangel, über keine Visionen zu verfügen zu einer Tugend umstilisieren solle, sagte KUKACKA.

Wenn VRANITZKY meine, die österreichische Sozialdemokratie stehe für Leistungsverbesserung, Wettbewerbsfähigkeit, Tüchtigkeit und Effizienz im ganzen Land, dann trete er als Moderator der seit Jahren von der ÖVP vertretene Grundsätze bürgerlicher Tugenden auf. Aber gerade deren Durchsetzung in der jetzigen Koalition zeige, daß die ÖVP der Schmied und die SPÖ bestenfalls der Schmiedl sei, wie die langjährige Alleinregierung der SPÖ und die fatalen Folgen für Österreich bewiesen hätten.

In wesentlichen Politikfeldern habe die SPÖ aber nach wie vor unbewältigte inhaltliche Probleme. In der Kultur- und Bildungspolitik sei das Beharren auf linken Standpunkten am deutlichsten ausgeprägt, im Bereich Persönlichkeitwahlrecht und Auslandsösterreicherwahlrecht bremse sie, in der EG-Frage stehe sie lediglich am Trittbrett des EG-Zuges der ÖVP, im Rahmen der weiteren Steuerreformetappe habe sie neuerlichen Steuererhöhungen keine Absage



erteilt und auch ihr neuer Begriff einer "ökologischen Kreislaufwirtschaft" lasse das sinnvolle Zusammenspiel von Ökologie, sozialer Solidarität und der Dynamik des Marktes unklar und offen, ganz im Gegensatz zu unserem klaren Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft, stellte KUKACKA fest.

## WEG DER INHALTLICHEN PROFILIERUNG WEITERGEHEN

Die ÖVP hat sich in der Koalition in Wert- und Sachfragen weitgehend durchgesetzt. Etwa die Liberalisierung der Ladenschließungszeiten, sowie die der Ruhensbestimmungen, die Vorschläge zur Entstaatlichung, Privatisierung, Steuerreform und Europapolitik sind von der ÖVP durchgesetzt worden, sie hat die geistige Führung übernommen und wird auf diesem Weg der inhaltlichen Profilierung weitergehen, stellte KUKACKA in seiner Rede weiter fest.

Auch die FPÖ habe keine sachpolitische Alternative anzubieten, dort, wo sie mit der ÖVP politisch und sachlich übereinstimme, bestätige sie die Richtigkeit unserer Vorschläge und ihre eigene Alternativlosigkeit bei Sachproblemen. Bei grundsätzlichen Fragen ging es ihr in den letzten Jahren vor allem um die Auseinandersetzung mit dem ewig Gestrigen, um die Formulierung von Ressentiments und Vorurteilen.

Es sei unverkennbar, daß die Freiheitlichen mit dem emotionalen Bekenntnis zu Österreich beträchtliche Probleme hätten. Dies zeige die Bezeichnung der österreichischen Nation als "ideologische Mißgeburt" ebenso wie HAIDERS Versuch, den Nationalfeiertag am 26. Oktober nur als Staatsfeiertag zu begehen. Für die ÖVP sei hingegen das Bekenntnis zu Österreich, zu seiner Freiheit und Eigenständigkeit einer der Grundpfeiler der Partei, sie sei weder für das Schielen nach deutschtümelnder Vergangenheit zu haben, noch für das Liebäugeln mit Fremdenfeindlichkeit.

In der politischen Praxis in der kleinen SPÖ/FPÖ-Koalition habe die FPÖ keine Grundsätze deutlich machen können. Es gab keinerlei konkrete Initiativen zu mehr Liberalität, weder in Wirtschaft, Demokratie oder Parteieneinfluß. Die Freiheitlichen hätten an Steuererhöhungen mitgewirkt, die explodierenden Budgetdefizite mitgetragen und jeden Posten für sich beansprucht, dessen sie habhaft werden konnten, sagte KUKACKA.

Eine Abgrenzung gegenüber den Freiheitlichen sei deshalb so schwierig, weil die Grundsätze freiheitlicher Politik gerade in den letzten Jahren kaum erkennbar geworden seien. Die FPÖ und ihr Obmann treten durch ihre populistische und opportunistische Politik hervor, die radikal in den Worten und ohne Rücksicht auf die Verantwortung für das Ganze, den maximalen Stimmenfang zum obersten Grundsatz gemacht habe. Diesen Stil werde die ÖVP auch in Zukunft nicht mitvollziehen.



Um wieder stärkste politische Kraft in Österreich zu werden, setze die ÖVP auf überzeugende Zukunftsperspektiven. Sie werde die Fragen der Menschen nach Sinnggebung, nach dem Weg unseres Landes, unserer Gesellschaft beantworten. Dieser Parteitag sei Auftakt für diese neue politische Offensive, schloß KUKACKA.

## NEU DENKEN. FÜR WIRTSCHAFT UM UMWELT - ZWÖLF DISKUSSIONSFOREN AM ZUKUNFTSPARTEITAG

In zwölf Arbeitskreisen wurde heute, Freitag vormittag, die Diskussion des Zukunftsparteitages fortgesetzt. Schwerpunkte waren:

- o Eine neue politische Kultur für unser Land
- o Mehr Chancen für Leistungswillige
- o Das Leben und seine Grundlagen sichern
- o Für eine neue soziale Solidarität

Dazu fanden je drei Arbeitskreise mit je zwei fachpolitischen Statements statt.

## FREIHEIT UND MACHT - WEGE EINER NEUEN POLITISCHEN KULTUR

Die Politik der Politiker bestehe vor allem in der Ausübung von Ämtern. Kein Politiker dürfe seine Macht als Freiheit verstehen. Jeder müsse seine Macht als Dienst und Pflicht verstehen. Sie sei ein Amt im Dienste des Gemeinwohls, sagte Landtagspräsident Univ.Prof.Dr. Manfred WELAN. Öffentliche Ämter seien keine Privatsache und keine Parteisache. Sie gehören zur res publica. Wenn das Recht, im besonderen die Ämter unserer Republik, vom Volk ausgehen, so bedürfe man zu ihrer Führung und Ausübung des Vertrauens des Volkes. Die politische Verantwortlichkeit bestehe darin, daß der Amtsinhaber sich einer periodischen Kritik für die Amtsführung stelle.

Das wesentliche der politischen Kultur liege im Beitrag der Politik zur Lebensentfaltung eines Volkes mit dem Grundziel der Persönlichkeitsentfaltung seiner Glieder durch Anteilnahme an der Lebensentfaltung auf den einzelnen Lebensgebieten, erklärte Univ.Prof.DDr. Valentin ZSIFKOVITS. Eine Erneuerung der politischen Kultur müsse das Gewissen und seine Verantwortung neu entdecken, rehabilitieren und in die politische Alltagsarbeit integrieren. Dazu sei auch die Mobilisierung möglichst vieler junger Menschen für die Aufgaben der Politik notwendig.

## DIE GRÖßERE HÄLFTE - OHNE FRAUEN IST KEIN STAAT ZU MACHEN

Politik hat die Aufgabe politisches, gesellschaftliches und soziales Unrecht zu beseitigen und Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht her, ihre Rechte wahrnehmen und ihre Pflichten erfüllen können, erklärte Frau Ridi STEIBL. Frauen aller Parteien drängen nach einer starken Repräsentanz, weil sie überzeugt sind, daß ohne Frauen kein "Staat mehr zu machen sei".

Frauenpolitik dürfe keine Modeerscheinung sein, sondern müsse nicht nur Benachteiligung und Diskriminierung aus der Vergangenheit abbauen, sondern müsse auch dafür sorgen, daß wir neue Rahmenbedingungen für die veränderte Frauenrealität schaffen.

Männer reagieren oft erst, wenn die Schäden ausreichend meßbar, die Begründung für Schäden dokumentiert und die Mechanismen der Problemlösung abgesichert sind. Dann sei es oft schon zu spät, erklärte Abg. Dr. Walter HEINZINGER. Aus Gründen der Gerechtigkeit, aus Gründen einer besseren Politik und weil "wir als Volkspartei wieder Wahlen gewinnen wollen", müssen wir mehr für unsere Frauen tun, denn ohne Frauen sei kein Staat zu machen, auch ohne Männer nicht. "Gemeinsam müssen wir den Staat machen."

## KULTURMACHT ÖSTERREICH - WELCHE KULTUR MACHT ÖSTERREICH?

Die Berührungspunkte zwischen Kultur und Politik seien unübersehbar geworden. Politiker glauben, ohne Kultur, Künstler glauben, ohne Politik auskommen zu können. Daher sei es notwendig, daß es zu einem neuen Dialog zwischen Kultur und Politik kommt, erklärte ÖVP-Hauptgeschäftsführer Dr. Peter MARBOE. Voraussetzung dafür sei aber, daß die Politik wieder der Kultur, nicht die Kultur der Politik dienen müsse.

## REICHTUM DER ZUKUNFT - UNSER WISSEN!

An der Jahrtausendwende erhalten Bildung und Erziehung angesichts der ungeheuren Herausforderungen der modernen Welt einen lebensnotwendigen und umfassenden Gestaltungsauftrag. Daher seien für das Bildungswesen "Leitideen" zu entwerfen, erklärte Abg. Präs. Mag. Gerhard SCHÄFFER. Die Bildungspolitik orientiere sich an den Belangen der Kinder und Jugendlichen und nicht an abstrakten Ideologien. Der Aufbau des Schulwesens habe sich an der Mannigfaltigkeit im Menschen und des beruflichen Lebens zu orientieren. Die bildungspolitischen Orientierungspunkte der ÖVP seien daher Qualität - Differenzierung - Leistung.

Österreich brauche ein sowohl in horizontaler als auch vertikaler Hinsicht flexibleres Bildungssystem. Unterschiedliche Bildungstypen müßten sich wie Bausteine kombinieren lassen, erklärte Stefan SZYSZKOWITZ. Das Bildungssystem brauche Geld, es sei eine Investition in die Zukunft des Landes. Neben dem volkswirtschaftlichen Nutzen sei ein funktionierendes Bildungssystem ein wichtiger Träger unserer Demokratie, weil es der Jugend des Landes das Gefühl gebe, unabhängig von ihrer Herkunft, eine "Chance" zu haben.

## "MEHR PRIVAT - DER ABSCHIED VOM GROSSEN BRUDER"

Wir erleben momentan national und international den Zusammenbruch des zentralistischen Ordnungssystems als Krise des realen Sozialismus, stellte ÖVP-Wirtschaftssprecher Abg. Dr. Josef TAUS in seinem Diskussionsbeitrag fest. Die Volkspartei sei immer Vertreterin eines dezentralen marktwirtschaftlichen Konzeptes gewesen und habe dies seit ihrer Regierungsbeteiligung auch konkret durchgeführt. Der zukünftige Weg sei daher, den Privatisierungskurs fortzusetzen, die Ausweitung der Mittelstandsgesellschaft als gesellschaftliche Vision zu erkennen und die Steuerpolitik weiter in Richtung weniger Staat und mehr privat auszubauen.

"Abschied vom großen Bruder" bedeute den Abschied von einer Mentalität, nach der der Staat grundsätzlich für alles zuständig ist und kaum einer Leistungskontrolle unterliegt. Mit "mehr Privat" sei die staatliche Verwaltung als moderner Dienstleistungsbetrieb zu organisieren und die öffentliche Leistungserstellung effizienter als bisher zu gestalten, sagte Univ.Prof. Dr. Christoph BADEL in seinem Statement. Dazu gehörten eine Verwaltungsreform, Einbau von Preis- oder Marktelementen im öffentlichen Sektor, Verbesserungen im Informationsbereich, individuelle Anreize für öffentlich Bedienstete und neue Modelle der Kooperation und des Wettbewerbs.

## "STERNSTUNDEN EUROPÄISCHER POLITIK - WAS IST ZU TUN?"

Die Entwicklungen der letzten Jahre und besonders jene der letzten Zeit in Osteuropa haben Österreichs Außenpolitik einerseits und die politischen Einschätzungen der ÖVP voll bestätigt, sagte Univ.Prof. Abg. Dr. Andreas KHOL im außenpolitischen Arbeitskreis. Damit habe die ÖVP als Motor der österreichischen Europapolitik die SPÖ überzeugt und mitgezogen. Nun gelte es, sich als Katalysator für die osteuropäischen Entwicklungen einzusetzen und vor allem den österreichischen Nachbarländern zu helfen. Auch unsere Integrationspolitik müsse auf Kurs bleiben, eine Parteienübereinkunft in Richtung EG erreichen und das Einwanderungsgesetz neu regeln.

Der Umbruch in der DDR habe die bisherigen europäischen Integrationskonzepte überholt und die Wahrscheinlichkeit sei größer geworden, daß sich die EG auf die Aufgaben, die ihr durch den Römer Vertrag bzw. durch die einheitliche Europäische Akte vorgegeben sind, beschränkt, stellte Dr. Jan STANKOVSKY in seinem Arbeitskreis fest. Eine solche Gemeinschaft werde sicher auch für ein neutrales Land offen sein und Österreichs erste Option sei daher der Vollbeitritt zur EG. Gleichzeitig sollte Österreich die Reformprozesse im Osten durch Hilfe zur Selbsthilfe und den Aufbau der Marktwirtschaft unterstützen.

## "UMWELT - GRUNDLAGE UND RAUM FÜR UNSER LEBEN"

Umweltpolitik sei überlebenspolitik geworden. Die Zeit in der Umweltpolitik bemüht war, Verantwortung von einem Bereich in den anderen abzuschieben, müsse vorbei sein. Es bedürfe einer grundsätzlichen Neuorientierung zu einer umfassenden Umweltpolitik, stellte der Umweltsprecher der ÖVP, Abg. Univ.Prof. Dr. Gerhart BRUCKMANN in seinem Beitrag fest. Dazu müsse umweltpolitisches Denken alle Bereiche durchdringen und auf allen Ebenen gleichzeitig erfolgen.

Der Schutz der physischen und psychischen Umwelt sei die schwierigste Aufgabe des Menschen. Ein zukünftiges umweltpolitisches Wertesystem müsse menschengerecht und sachgerecht - d.h. ökologisch und ökonomisch durchführbar - sein und Zeithorizonte aufweisen, in denen die einzelnen Schritte technisch und wirtschaftlich realisierbar gemacht werden können.

## "GESUNDHEIT - VERANTWORTUNG FÜR UNSERE EIGENE ZUKUNFT"

LH-Stv. Dr. Christof ZERNATTO forderte in seinem Statement eine stärkere Vernetzung der Gesundheits- und Krankenhaussysteme, eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und einzelnen Krankenanstalten und eine verbesserte Aus- und Fortbildung in allen Bereichen.

Mit der Frage der Verantwortung beschäftigte sich Landesrat Dr. Gerheid WIDRICH. Demnach müsse Eigenverantwortung angeregt und das Krankheitssystem auf ein Gesundheitssystem umgestellt werden. Ein Teil davon sei die Vorsorgemedizin. Zusätzlich sei die Funktion des Hausarztes zu stärken und zu honorieren, die Hauskranken- und Altenpflege als gesellschaftspolitische Notwendigkeit zu fördern, die Umstrukturierung der Spitäler voranzutreiben und eine Kompetenzentflechtung bei Bund, Ländern und Sozialversicherungsträgern durchzuführen.

## TRANSITLAND ÖSTERREICH - WAS IST VERKEHRT AM VERKEHR?

Im Diskussionsforum zum Transitverkehr erklärte der Verkehrssprecher der ÖVP, Abg. Dr. Karl PISCHL, in seinem Statement, daß die bisher uneingeschränkt freie Wahl des Verkehrsmittels durch seine Auswirkung auf Mensch und Umwelt neue Grenzen gesetzt erhält. Die Verlagerung des Güter- und Personenverkehrs von der Straße auf die Schiene sei angewandte ökosoziale Marktwirtschaft. Es werde endlich zur Kostenwahrheit im Verkehr kommen müssen, wobei Umweltschäden auch in diesem Bereich dem Verursacher zugerechnet werden müßten.

Univ.Prof. Dr. Peter FALLER unterstützte in seinem Statement die Forderung von Abg. PISCHL nach Transparenz der Kosten im Verkehrsbereich. Gegenwärtig sei es nicht in ausreichender Weise möglich, die Kosten dem jeweiligen Verursacher zuzurechnen.

## SOZIALE VERANTWORTUNG - WIDER DIE NEUE ARMUT

Das Wort Armut trage bezeichnenderweise einen weiblichen Artikel, sagte die Wiener Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS in ihrer Stellungnahme im Diskussionsforum "Soziale Verantwortung - Wider die neue Armut". Unter anderem zählte sie beispielhaft als Ursache für die Armut Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern und zwischen Aktiven und Pensionisten auf. Mehrkinderfamilien und Alleinerzieher zählten ebenfalls meist zu den Armen.

Direktor Mag. Helmut SCHÜLLER stellte die Frage, wie der Trend zur "Vereinzelung" des Menschen in der Industriegesellschaft abgeschwächt werden könnte und der abnehmenden Mitverantwortung im modernen Sozialstaat gegengesteuert werden kann.

## ZUKUNFT DER ARBEIT - ARBEIT MIT ZUKUNFT

In einem Diskussionsforum unter diesem Titel forderte der Fraktionsführer des ÖAAB in der Arbeiterkammer, Dr. Günther OFNER, als Maßnahmen zur Erreichung der Vollbeschäftigung den Ausbau neuer sozialer Dienste auf privater Basis, den Abbau von Wettbewerbsbeschränkungen in der Gewerbeordnung und leistungsfähige Arbeitsämter. OFNER wies besonders darauf hin, daß in den nächsten 15 Jahren jeder zweite Arbeitnehmer grundlegend umlernen müsse, was die Bedeutung der Weiterbildung besonders unterstreicht. OFNER plädierte dafür, Flüchtlingen und Asylanten über die Erstversorgung hinaus, eine umfassende Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Die Arbeitszeitsprecherin der ÖVP, Abg. Dr. Helga RABL-STADLER, nannte als vorrangiges Ziel einer neuen Arbeitsplatzpolitik die Flexibilisierung der Arbeitszeit, nicht jedoch die Arbeitszeitverkürzung. Statt der passiven Arbeitslosenverwaltung müssten die Arbeitsämter wieder aktive Arbeitskräftevermittlung betreiben.

## FAMILIE - GEBORGENHEIT FÜR UNSERE KINDER

In diesem Diskussionsforum bekannte sich Abg. Hans HAFNER zum Familienpaket der Bundesregierung, mit dem die Volkspartei "eine Schlacht für die Familien gewonnen" habe.

Dr. Rainer MÜNZ erläuterte die Instrumente der modernen Familienförderung: das Einkommenssteuerrecht, die Transferzahlungen der Öffentlichen Hand an die privaten Haushalte (Familienbeihilfe), begünstigte Tarife, Maßnahmen im Arbeitsrecht und die Krankenversicherung. ÖVP und Katholischer Familienverband plädierten für die stärkere Berücksichtigung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Mehrkinderfamilien.

# ÖVP-Pressedienst

## EUROPARESOLUTION: DIESE STUNDE IST FÜR UNS HERAUSFORDERUNG UND VERPFLICHTUNG

Im Anschluß an die Arbeitskreisberichte schlug Vizekanzler Bundesparteiobmann Dipl. Ing. Josef RIEGLER die Verabschiedung einer Europaresolution vor. Der Bundesparteitag stimmte einstimmig zu.

Die Resolution lautet:

"Wir erleben derzeit eine Sternstunde der europäischen Geschichte. Der Umbruch in Ungarn, Polen, der DDR und der Tschechoslowakei zeigt, daß Kommunismus und Staatssozialismus als Gesellschafts- und Wirtschaftssystem gescheitert sind. Wir sind überzeugt: Der kalte Krieg ist vorbei, Freiheit, Demokratie und Pluralismus werden endgültig siegen.

Der Eiserne Vorhang wird abgebaut. In die Berliner Mauer werden immer größere Breschen geschlagen. Wo Stacheldraht und unüberwindbare Grenzen über mehr als 40 Jahre den Dialog von Menschen unterbunden haben, sind neue Begegnungsmöglichkeiten entstanden. Wir sind im Begriffe, die unnatürliche und unmenschliche Trennung des Kontinents zu überwinden und ein neues, gemeinsames Europa zu schaffen.

Diese Stunde ist für uns Herausforderung und Verpflichtung. Es ist unsere Aufgabe, die Reformen in den Ländern Mittel- und Osteuropas zu fördern und zu stärken. Es ist unsere Aufgabe, alles zu tun, damit Pluralismus, Demokratie, Menschenrechte und eine freie Wirtschaftsordnung auch in Osteuropa auch vollinhaltlich wirksam werden.

Wir erklären uns daher mit den nach Freiheit und Selbstbestimmung strebenden Menschen in allen unseren Nachbarländern, in diesen Tagen insbesondere der Tschechoslowakei, solidarisch. Wir appellieren an die Staatsführung der Tschechoslowakei, von jeder Gewaltanwendung abzusehen und einen Weg einzuschlagen, der zu demokratischen Wahlen, zu einer pluralistischen Gesellschaftsordnung, zu Rechtsstaatlichkeit und Informations- und Meinungsfreiheit führt."

## HEISS: DANK AN ÖVP FÜR JAHRZEHNTELANGES EINTRETEN FÜR AUSLANDSÖSTERREICHERWAHLRECHT

Den besonderen Dank der Auslandsösterreicher an die Österreichische Volkspartei, die sich seit Jahrzehnten für das Wahlrecht der Auslandsösterreicher eingesetzt habe, überbrachte der Vertreter des Auslandsösterreicherwahlkomitees "400.000", Dr. Klaus HEISS.

Es sei die ÖVP gewesen, die nicht nur seit 20 und mehr Jahren für das Auslandsösterreicherwahlrecht eingetreten ist, sondern auch diese Forderung 1987 ausdrücklich in allen Grundsatzpapieren verlangt hat. Ebenso seien es Vertreter der ÖVP gewesen, die sich geweigert haben, eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes, die den Auslandsösterreichern abermals das Wahlrecht absprechen sollte, zu unterschreiben.

# ÖVP-Pressedienst

Das Wahlrecht für alle Österreicher, auch das der im Ausland lebenden Österreicher, sei ein Grundrecht. Es sei nicht der Staat, der dem Bürger Rechte gewährt, es ist der Staat, der sein Recht vom Bürger ableitet. Daher gehe es nicht darum, ein Recht zu erlangen, sondern ein bestehendes Recht ausüben zu können, betonte HEISS.

Es sei in Österreich nach wie vor erforderlich, den Abbau von Bürokratie und "Schikanerie" voranzutreiben. "Ich werde nicht vor einen ausländischen Notar gehen, um dort meine Stimme abzugeben", erklärte HEISS. Als Modell für ein praktikables Auslands-österreicherwahlrecht könne das Europawahlrecht gelten. Dieses sehe die Briefwahl mit eidesstattlicher Erklärung vor.

Die Auslandsösterreicher, so HEISS, würden jene Partei wählen, von der sie glauben, daß sie Österreich mit Erfolg in die 90er Jahre hineinleite. Es liege an Österreich, sich um seine im Ausland lebenden Staatsbürger zu kümmern, schloß HEISS.

**COLOMBO: WIR UNTERSTÜTZEN ÖSTERREICHS BEITRITTSBEMÜHUNGEN ZUR EG**

So wie auch die anderen christlich-demokratischen Parteien Europas, unterstützen wir den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft und möchten dazu beitragen, die Probleme, die sich dabei stellen, zu überwinden, sagte Emilio COLOMBO, Präsident der EUCD und Gastdelegierter der Democrazia Cristiana in seiner Grußbotschaft zum ÖVP-Zukunftsparteitag.

Die ÖVP habe stets eine herausragende Position innerhalb jener christlich-demokratischen Parteien Westeuropas innegehabt, die eine besondere Verantwortung für die Festigung der Demokratie, für die europäische Einigung und den Frieden getragen haben.

Die Veränderungen im Osten seien ein besonderes Anliegen der christlichen Demokratien und eine unmittelbare Verantwortung. Alle christlich-demokratischen Parteien können und müssen zu den Veränderungen im Osten beitragen, in dem sie ein Bild der Einheit Europas anbieten, das immer konkreter wird und auf die politische Union Europas abzielt.

"Als christlich-demokratische Parteien müssen wir den Schwesterparteien in Osteuropa nicht nur mit unserer Solidarität helfen, sondern ihnen auch zeigen, daß die Ideale der sozialen Gleichheit, der Förderung der Schwachen und der Überwindung der Marginalisierung, die man anstrebt, die aber noch nicht erreicht sind, einen fixen Platz in unserem christlich-sozialen Konzept finden", erklärte COLOMBO.

**KOHL: DIE ZEIT ARBEITET FÜR DIE SACHE DER FREIHEIT**

Die Entwicklung der letzten Wochen und Monate hat gezeigt, daß die Zeit für die Sache der Freiheit arbeitet. Es gilt, auch die Menschen in unseren Ländern davon zu überzeugen, daß es die christlich-demokratischen Visionen sind, mit denen wir die Zukunft gewinnen werden. Dies erklärte der deutsche Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Dr. Helmut KOHL laut seinem im voraus der Presse

übermittelten Redetext als Gastredner am Ende des ersten Beratungstages des Zukunftsparteitages der ÖVP in Graz am Freitag.

Als Beispiele dieser Visionen aus der Sicht der CDU nannte KOHL das Vereinte Europa, die Einheit für alle Deutschen, die Bewahrung der dem Menschen anvertrauten Schöpfung und eine solidarische Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Familie stehe. Die Ideologie des Kommunismus sei am Ende. Auf dem ganzen europäischen Kontinent setzten sich die Ideale der Christdemokraten durch. Zu diesen gehörten Freiheit und Friede, breit gestreuter Wohlstand und soziale Gerechtigkeit.

Zur Vision der Christdemokraten von einem Europa der Zukunft ohne Grenzen gehöre selbstverständlich auch Österreich. Die von der CDU geführte deutsche Bundesregierung habe deshalb den österreichischen Antrag auf Beitritt zur EG mit großer Sympathie nachdrücklich unterstützt. Österreich werde eine Bereicherung für die Gemeinschaft sein. Die Europäische Gemeinschaft müsse für alle demokratischen Staaten offen sein. Dieses Ziel habe für die CDU durch die aktuellen Ereignisse in der DDR sogar noch an Bedeutung gewonnen, sagte der deutsche Bundeskanzler.

## KOHL DANKT ÖSTERREICH FÜR BETREUUNG DER DDR-FLÜCHTLINGE

Auf die Entwicklung in der DDR eingehend, bedankte sich KOHL vorerst für die "großartige Hilfe und Unterstützung" Österreichs für jene DDR-Flüchtlinge, die über Ungarn nach Westdeutschland ausgereist sind. Er sehe in der Entwicklung in der DDR eine Bestätigung der Deutschlandpolitik der CDU, wobei das Ziel das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung, auf Freiheit und Einheit bleibe, wie dies das Grundgesetz vorsehe. Seine Regierung werde jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, respektieren.

## WESTLICHE HILFE OHNE MARKTWIRTSCHAFT VERGEBLICH

Der deutsche Bundeskanzler ging dann auf Möglichkeiten der Hilfe für die Reformstaaten des Ostens durch Westeuropa ein. Der "real existierende Sozialismus" habe die Menschen in den kommunistischen Ländern auch um die Früchte jahrzehntelanger Arbeit gebracht. Für seine Regierung und darüber hinaus, auch für die EG, gehe es nun darum, den sich abzeichnenden Wandel der Verhältnisse tatkräftig zu unterstützen. Diese Hilfe könne nur erfolgreich sein, wenn grundlegende politische und wirtschaftliche Reformen unumkehrbar in Gang gesetzt werden. Ohne den Abbau bürokratischer Planwirtschaft und den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung werde die westliche Hilfe letztlich vergeblich sein.

Der deutsche Bundeskanzler stellte aber zugleich klar, daß die Verankerung seines Landes in der EG und in der Atlantischen Allianz die Voraussetzung für eine erfolgreiche Deutschland- und Ostpolitik bleibe. Für die Bundesrepublik sei die Westbindung Teil der Staatsräson. Sie sei das außenpolitische Gegenstück zur Entscheidung der Bundesrepublik für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Inneren.

# ÖVP-Pressedienst

## "BESONDERE SENSIBILITÄT" DER ÖVP FÜR UMWELTFRAGEN

Im folgenden kam KOHL auf die Bedeutung des Umweltschutzes als Schwerpunkt christlich-demokratischer Politik zu sprechen. Er hob dabei ausdrücklich die "besondere Sensibilität" der Österreichischen Volkspartei für Fragen des Umwelt- und Naturschutzes hervor. KOHL forderte ferner eine weltumspannende Umweltpartnerschaft, die er mit einer neuen Solidarität zwischen Nord und Süd verbunden wissen wollte. Er verwies an dieser Stelle darauf, daß sich die von der Bundesrepublik Deutschland bisher beschlossenen Schuldenerlässe, die vor allem die armen Länder Afrikas südlich der Sahara betreffen, nunmehr bereits auf 8,8 Milliarden DM belaufen.

In Übereinstimmung mit dem Motto des Zukunftsparteitages, "Ökosoziale Marktwirtschaft", stellte KOHL dann fest: "Wir wollen in den kommenden Jahren die soziale Marktwirtschaft noch mehr als bisher um die ökologische Dimension erweitern. Wir sollten ein marktgerechtes System von Anreizen schaffen, das Umweltschäden von vornherein vermeiden hilft."

## "STÄRKUNG DER FAMILIE IST UNSERE VORNEHMSTE PFLICHT"

Die Gesellschaft könne ein neues Miteinander der Generationen, Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Liebe und Achtung zwischen Eltern und Kindern nur dann prägen, wenn es sich zuvor in der Familie bewährt habe. Dies sei ein Kernelement christlich-demokratischer Programmatik. "Es ist und bleibt unsere vornehmste Pflicht, die Familien zu stärken", sagte KOHL. Dabei gehe es nicht nur um die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas, sondern selbstverständlich auch um materielle Hilfe wie steuerliche Entlastungen, Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld.

Nur die großen Volksparteien der Mitte, wie es die ÖVP oder die CDU sind, seien fähig, auseinanderlaufende Interessen zusammenzuführen. Nur sie seien imstande, die Kräfte des Erneuerns und des Bewahrens in der Gesellschaft auf schöpferische Weise zum Ausgleich zu bringen. "Wir haben klare Vorstellungen von der Zukunft. Wir haben die organisatorische und die programmatische Kraft, diese Zukunft zu gestalten. Und vor allem haben wir einen Kompaß, an dem wir uns orientieren können: das christliche Menschenbild", erklärte Bundeskanzler KOHL abschließend.

## "WER SPRICHT HEUTE NOCH VON HONECKER?" - PODIUMS-DISKUSSION ZUM "ZUKUNFTSBILD EUROPA" MIT EUROPÄISCHER BESETZUNG

"Noch vor kurzer Zeit hat Erich HONECKER von der hundertjährigen Mauer gesprochen. Wer spricht heute noch von Honecker?" Mit diesen Worten eröffnete der Herausgeber der Tageszeitung "Die Presse", Gerd BACHER, die Podiumsdiskussion zum Thema "Zukunftsbild Europa", an der ÖVP-Politiker und Intellektuelle aus Polen, Ungarn, Jugoslawien und der BRD teilnahmen.

Es stelle sich nun die Frage nach unserem Selbstverständnis und unserer Rolle, die wir in der Entwicklung Osteuropas einnehmen, fuhr BACHER fort. Wollen wir Zeugen oder Mitgestalter, Zuschauer oder Akteure sein? In diesem Sinne sei die Diskussion in



drei große Kapitel eingeteilt: Was und wer ist dieses Europa? Wie kann es seine Existenzfrage auf wirtschaftlichem Gebiet lösen? In welchen Pflichten und Chancen liegt die Rolle Österreichs?

**LASZLO: EUROPA KANN EPIZENTRUM EINER FRIEDLICHEN WELT WERDEN**

Die traditionellen Zukunftsbilder Europas seien gescheitert, für das Zukunftsbild eines gemeinsamen Europas müsse man nach einem neuen System suchen, meinte der Präsident des Club of Rome, Prof. Dr. Ervin LASZLO.

Dazu müsse man wissen, fuhr LASZLO fort, welcher Logik eine Gesellschaft unterliege. Vorerst seien alle Systeme immer dynamischer als das vorhergegangene. Alle Öko-Systeme müßten grundsätzlich holarchisch - das heißt gesamtheitlich und gemeinsam - aufgebaut sein. Denn ein System entwickle sich immer in enger Verknüpfung mit seiner Umwelt. Zudem müsse ein erfolgreiches System immer integriert und differenziert sein. Europa habe die einzigartige Chance, als Epizentrum ein solches System zu schaffen. Die Einheit dazu gebe die europäische Kulturtradition. "Nur durch ein solches Europa als Vorbild können wir von einer chaotischen in eine einige, friedliche Welt übergehen", schloß LASZLO.

**GUGGENBERGER: WIR WISSEN MIT DEM WOHLSTAND NICHT MEHR UMZUGEHEN**

Momentan erlebe man tagtäglich, wie das "Reich des Ostens" immer mehr untergehe. So wichtig dieser Umstand sei, ließe er uns doch etwas Wichtigeres übersehen: Der Traum von der "Idee des Westens" gehe zu Ende, erklärte der bundesdeutsche Politikwissenschaftler Prof. Dr. Bernd GUGGENBERGER.

Die Flüchtlingsproblematik habe gezeigt, so GUGGENBERGER, daß die Wohlstandsgesellschaft mit ihrem Reichtum nicht mehr umzugehen wisse. Schon längst akzeptierten wir unseren Wohlstand nicht mehr als normale Motivation. Allein die Werbung zeige bereits, wie übersättigt und selbstverständlich die westliche Gesellschaft geworden sei. "Lassen wir uns diese Themen nicht durch 'Totschläger der Aktualität' vom Tisch fegen", schloß GUGGENBERGER.

**TISCHNER: NUR DIE MACHT DER MACHTLOSEN HAT IN POLEN EINE CHANCE**

Die Entwicklung Mitteleuropas finde in allen Weltteilen Wiederhall. Politische Dogmen seien zusammengefallen, die Zwei-Blöcke-Aufteilung Europas werde zunehmend gegenstandsloser. Polen habe in dieser Entwicklung eine Schlüsselposition, weil in diesem Land nie jemand an die Unabänderlichkeit der Bestimmungen von Jalta geglaubt habe. Polen habe sich immer für die Souveränität ausgesprochen, erklärte der geistliche Berater der Solidarnosc, Prälat Jozef TISCHNER.

Die Rolle Polens für die Entwicklung Mitteleuropas sei aus drei geschichtlichen Fakten erklärbar. Im Zweiten Weltkrieg sei sowohl im Osten durch den Kommunismus als auch im Westen durch das



Nazi-Regime eine Fehlentwicklung da gewesen, sodaß beide Blöcke an Glaubwürdigkeit eingebüßt hätten. Polen habe unter beiden Fehlentwicklungen gleichermaßen zu leiden gehabt.

Das Christentum habe durch den Wohlstand schwere Einbrüche verzeichnen müssen. Der Totalitarismus brachte hingegen in Polen den Glauben zur vollen Blüte. In diesem Glauben sei die Würde des Menschen eine Verpflichtung. Das dritte Faktum sei die gewaltlose Politik der Solidarnosc. "Gewalt sät Gewalt", nur eine gewaltlose Politik habe in Polen eine Chance gehabt. Diese "Macht der Machtlosen" habe ihren Ursprung in der Glaubwürdigkeit. "Nun müssen wir uns solidarisch und geeint zu Wort melden", schloß TISCHNER.

**NAGY: OHNE GEGENWART KANN MAN NICHT VON DER ZUKUNFT SPRECHEN**

Das Wort "Zukunft" habe für jeden Menschen eine andere Bedeutung und für jeden einen subjektiven Beginn. Doch ohne die Gegenwart und deren Vergangenheit könne man über die Zukunft nicht sprechen, sagte der ungarische Dozent Arbad NAGY, ein Mitglied des "Neuen Demokratischen Forums".

Die Zukunft selbst gebe es daher nicht, sondern nur ein Nebeneinander sich in der Gegenwart vollziehender Geschehnisse. "Wir müssen uns daher auf die Gegenwart konzentrieren, einander und uns besser kennenlernen und aufrichtiger sein", fuhr NAGY fort. Nur so könnte das "Haus Europa" auch ein Zuhause werden.

**OMAN: FREIHEIT IST GRÖSSTES GUT FÜR MENSCHEN**

Das Parteitagsthema laute "Für Wirtschaft und Umwelt", eine Arbeitsgruppe habe noch dazugefügt, "für den Menschen", jetzt fehle noch "für die Freiheit". Denn Freiheit ist das größte Gut für den Menschen, sagte der Vorsitzende der Slowenischen Bauernunion, Ivan OMAN.

Freiheit sei auch die notwendige Unterlage für die Wirtschaft. Der Slowenische Bauernbund könne mit Stolz heute sagen, daß trotz Angst und Unterdrückung mehr als 25.000 Bauern in diesem Bund organisiert seien, die nun gemeinsam mit mehreren demokratischen Oppositionsgruppen die Vereinigte Demokratische Opposition bilden. Nun werde die Entscheidung fallen, ob man bereit sei, weiter den Weg in die Demokratie zu gehen oder unter der Angst des Kommunismus bleiben müsse.

**RIEGLER: VERANTWORTUNG ALLER WESTEUROPÄISCHEN STAATEN**

Die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Osteuropa sei eine Verantwortung, die alle westeuropäischen Staaten zu tragen hätten. Daher dürfen wir nicht ohne Stolz sagen, daß Persönlichkeiten der Österreichischen Volkspartei bereits konkrete Aktivitäten und Kontakte in Osteuropa hatten, noch lange bevor es zu den Umbrüchen gekommen ist, sagte Vizekanzler Josef RIEGLER.

Die große Utopie der unmittelbaren Nachkriegszeit sei ein Westeuropa gewesen, in dem Kriege zwischen den Staaten nicht mehr vorstellbar sind. Diese Utopie sei Wahrheit geworden. Die neue Utopie sei nun, daß es den Völkern in Mittel- und Osteuropa gelinge, die Zwangsherrschaft abzuschütteln. Heute sei es vorstellbar geworden, daß Gesamteuropa einem kontinuierlichen Gleichgewicht entgegengehe, in dem ebenfalls Kriege unvorstellbar sind.

## BUSEK: ÖSTERREICH - EINMALIGES FENSTER FÜR EUROPA

Für ihn, BUSEK, sei es ein besonders berührender Moment, hier mit Vertretern der Ostblockländer diskutieren zu können. Denn bei allem Engagement habe er nie im Leben daran gedacht, daß es möglich sein werde, mit diesen Vertretern symbolisch für ihre Länder auf einem Parteitag der ÖVP gemeinsam diskutieren zu können. Es sei der Moment gekommen, wo Österreich begreifen müsse, daß es ein einmaliges Fenster für Europa darstelle.

Für die Zukunft, die sicher schwierig werde, stellte BUSEK fünf Forderungen:

- o Europa müsse seine gesamte Geschichte annehmen, die wunderbaren Zeiten ebenso wie die schrecklichen.
- o Das Haus Europa könne nur bewahrt werden, wenn es wieder vielsprachig wird.
- o Man müsse mehr auf die Bindungskraft der gemeinsamen Kultur bauen.
- o Europa sei nur "spannend", wenn es seine eigene Vielfalt akzeptiert, wenn es bereit ist, das Anderssein des anderen zu akzeptieren.
- o Die Zukunft sei nur zu bewältigen, wenn man akzeptiere, daß man aus Rückschlägen lernen müsse und nicht aufs erste verzage. Denn Rückschläge werde es natürlich geben.

Mitteleuropa sei eine Form des Zusammenlebens zwischen Nachbarn, keine Utopie oder Nostalgie.

## MOCK: ÖSTERREICH MUSS SEINE INTEGRATIONSKRAFT ZUR VERFÜGUNG STELLEN

Die eine Schande unseres Jahrhunderts, der Nationalsozialismus, sei zerbrochen. Nun erleben wir, daß die andere Schande zerbricht, erklärte Außenminister Dr. Alois MOCK. Es gehe nicht um Reformen, denn diese Systeme seien nicht reformierbar. Es gehe um den Ersatz der Systeme.

Mit Genugtuung könne man heute die Entwicklung vom Kommunismus zum Parteipluralismus, zur Marktwirtschaft verfolgen. Das neue Europa werde ein demokratisches Europa sein, in dem die Menschenrechte wieder geachtet werden, in dem viele Menschen wieder in

# ÖVP-Pressedienst

Freiheit leben. Bei aller Freude über diese Entwicklung im Osten dürfe man aber nicht vergessen, daß auch unsere Demokratie noch Lücken habe. Daher sei es auch eine Aufgabe, sich um eine eigene glaubwürdige Demokratie zu bemühen.

Österreich habe stets dann seine Stärke gezeigt, wenn es integrierend gewirkt habe. Österreich müsse seine Integrationskraft wieder zur Verfügung stellen, es müsse partnerschaftlich, tolerant und großzügig an der Wiedervereinigung Europas mitarbeiten, betonte MOCK.

## LICHAL: ÖSTERREICHS VERTEIDIGUNGSDOKTRIN KÖNNE ZUM ALLGEMEINEN VORBILD

Die politischen Veränderungen, die derzeit in der Welt vor sich gehen, hätten bisher noch keine Änderung der militärischen Situation mit sich gebracht, erklärte Verteidigungsminister Dr. Robert LICHAL.

Die Frage sei nun, inwieweit die politische Entwicklung auf militärischer Ebene nachvollzogen werde. Dazu seien alle Anstrengungen notwendig, um eine Änderung der Militärdoktrinen herbeizuführen. Ohne diese Änderung werde es keine befriedigende Entwicklung geben können.

Österreich habe in diesem Sinne eine Vorleistung vollbracht, betonte LICHAL, denn Österreichs Militärdoktrin sei ausschließlich auf Verteidigung ausgerichtet. LICHAL betonte, daß ausländische Militärs sich für diese österreichische Verteidigungsdoktrin als Vorbild für die Zukunft interessierten.

## VIZEKANZLER RIEGLER STELLT AKTION "EINFÄLLE GEGEN ABFÄLLE" VOR

"Wirtschaft muß kein Handeln gegen die Umwelt bedeuten, sondern kann mit Phantasie in den Dienst der Umwelt gestellt werden". Dies war auch der Ansporn zu einer Ausstellung unter dem Motto "Neu denken. Für Wirtschaft und Umwelt", die im Rahmen des ÖVP-Zukunftsparteitages in Graz an 13 Ständen Ideen zur Verwirklichung der Symbiose von Wirtschaft und Umwelt präsentiert. Daß die Volkspartei also Umweltschutz nicht nur in der Theorie betreiben wolle, sei an dieser Ausstellung zu sehen, erklärte Vizekanzler Bundesparteiobmann Dipl.Ing. Josef RIEGLER in einem Interview in der Fernsehsendung "Wir" heute, Freitag abend.

Im Laufe der Sendung stellte der Vizekanzler die oberösterreichische Initiative "Einfälle gegen Abfälle" vor, die unter dem Motto "Der beste Abfall ist der, der nicht entsteht" vorgehen möchte. Nicht zufällig, so RIEGLER, sei diese Idee von einer Frau entwickelt worden. Angela ORTNER, die Landesleiterin der oberösterreichischen Frauenbewegung, wollte damit zeigen, daß man die Umwelt schonen könne und trotzdem nicht auf Qualität verzichten müsse.

# ÖVP-Pressedienst

"Wir stellen die ganze organisatorische Kraft der Volkspartei in ganz Österreich hinter diese Initiative", sagte RIEGLER. Er wolle dafür sorgen, daß das Jahr 1990 zum "Jahr der Abfallvermeidung" erklärt werde. Dies sei bereits ein konkretes Ergebnis des laufenden Bundesparteitages.

Die Aktion werde vor allem über die Gemeinden laufen, wo Wettbewerbe und Aktionstage veranstaltet werden sollen, erklärte RIEGLER. Daneben wolle man auch durch Anregungen in Betrieben und durch breite Information diese Initiative unterstützen. Jedermann, gleichgültig ob er einer Partei angehöre oder nicht, sei eingeladen, seinen Beitrag zu leisten. "Das Problem der Abfallvermeidung geht jeden an", schloß RIEGLER und bedankte sich bei der "Wir"-Redaktion, die sich in den Dienst dieser guten Idee stellt.

+++

# ÖVP-Pressedienst

ÖVP/Zukunftsparteitag

25.11.1989

**SCHÜSSEL: ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IST GESELLSCHAFTSPOLITIK MIT HERZ UND VERSTAND**

2. Tag des ÖVP-Zukunftsparteitages steht im Zeichen des Leitantrages Ökosoziale Marktwirtschaft =

Graz (ÖVP-PD) Der heutige, zweite Tag des ÖVP-Zukunftsparteitages steht im Zeichen der ökosozialen Marktwirtschaft. Dazu wurde von Vizekanzler Bundesparteiobmann Dipl.Ing. Josef RIEGLER ein Leitantrag eingebracht, der im Plenum des Parteitages zur Diskussion steht. \*\*\*\*

Die Einführung und Vorstellung des Leitantrages übernahm Bundesminister Dr. Wolfgang SCHÜSSEL. Die Volkspartei könne stolz darauf sein, daß Vordenker, Ökonomen, Wissenschaftler und Philosophen aus ihren eigenen Reihen die ökosoziale Marktwirtschaft mit einem theoretischen Unterbau ausgestattet haben. Damit gebe das Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft konkrete, umsetzbare Antworten auf die Erfordernisse unserer Zeit. Somit sei dies ein gesellschaftspolitisches Konzept, das versuche, mit Herz und Verstand die Integration von Wirtschaft und Umwelt vorzunehmen.

Wichtig sei, fuhr SCHÜSSEL fort, die Grundsätze der ökosozialen Marktwirtschaft den Menschen nicht von oben zu verordnen, sondern gemeinsam Lösungen zu finden. "Wir werden die ökologische Frage in den nächsten Jahren gemeinsam lösen." Nun müsse man daran gehen, dieses Zauberwort mit Inhalten zu füllen. Das bedeute Entscheidungsfreiheit und Verantwortung für den einzelnen, Respekt vor den Bedürfnissen der Menschen, die etwas leisten wollen, Vertrauen, das die Menschen ihre Probleme selber zu lösen imstande sind und Vertrauen in eine Politik, die auf der Vernunft demokratischer Grundsätze beruht.

Um diese Grundsätze durchführen zu können, nannte SCHÜSSEL die konkreten Schritte einer ökosozialen Politik nach den Vorstellungen der Volkspartei:

- o Integration von Umweltpolitik, Umweltschutz und Wachstum als gleichwertige Bestandteile eines Wirtschaftskonzeptes.
- o Das Interesse an der Umwelt muß zum Eigeninteresse der Menschen werden.
- o Umweltschutz muß sich lohnen, Umweltschmutz muß etwas kosten.
- o Das Interesse an Umweltschutz muß in einer Politik münden, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.
- o Umweltschutz muß mit marktwirtschaftlichen Instrumenten gestaltet werden, die das Eigeninteresse wecken.

Vieles sei, ausgehend von diesem Konzept, bereits in Bewegung gebracht. Der Minister nannte als Beispiele das Nationalparkkonzept, die Reduktion von Schadstoffen, die Ökomaut. Das alles seien Ideen der Volkspartei. Wenn Bundeskanzler VRANITZKY diese Erfolge für die SPÖ in Anspruch nehme, so sei er "ein simpler Abstauber und ein Trittbrettfahrer auf dem Erfolg des Josef RIEGLER".

## FLEMMING: UNSERE BILANZ LÄSST SICH SEHEN

Die Volkspartei sei immer eine Integrationspartei gewesen, die die Produktivität, die zähe Kraft der Bauern, den Einfallsreichtum der Städte und viele andere Tugenden in sich vereine. Daher könne sich die ÖVP der größten Herausforderung, dem Umweltschutz, ruhig stellen. "Unser Bilanz kann sich sehen lassen und so werden wir auch die Zukunft meistern", sagte Umweltministerin Dr. Marilies FLEMMING in ihrem Statement.

Gerade jetzt, da unser Kontinent die Chance habe, zu einem gemeinsamen Haus Europa zu werden, müsse Österreich die große Verantwortung übernehmen, Europa überlebensfähig zu erhalten, fuhr FLEMMING fort.

"Wir werden unser Leben verändern, ohne auf etwas verzichten zu müssen." Dies sei eine klare Zielvorgabe für die Wirtschaft, denn man brauche den Markt, um die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen. An dieser Stelle dankte FLEMMING Österreichs Wirtschaft und Industrie, die bereit waren und sind, mit Investitionen und Engagement zum aktiven Umweltschutz beizutragen.

Gemeinsam sei es bereits gelungen, ganz konkrete Ziele wie das Sonderabfallgesetz, das Altlastensanierungsgesetz, das Smogalarmgesetz, das Luftreinhaltegesetz, das Chemikaliengesetz und das Abfallwirtschaftsgesetz umzusetzen. Weitere Verordnungen seien in Verhandlung, kündigte FLEMMING an. "Wir werden der Wirtschaft genügend Zeit zur Umstellung geben, um den maximalen Umweltschutz zu erreichen." Aber ein "D'rüberschwindeln" komme nicht mehr in Frage. In der gesamten österreichischen Politiklandschaft gebe es nur eine Idee, die umfassend, zukunftsweisend und geschlossen zu einem konkreten Konzept umgesetzt wurde. Diese Idee gehöre der ÖVP. Nun dürfe man es nicht beim Schlagwort bewenden lassen, sondern müsse diese Idee mit konkreten Inhalten füllen. Dies gelte nicht nur für die Politiker, sondern für jeden einzelnen Bürger, schloß FLEMMING.

## BUSEK: ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT - WERTEWANDEL DURCH KONSEQUENTES HANDELN UMSETZEN

Die ÖVP beschließt heute nicht irgendeinen Antrag auf irgendeinem Parteitag, sondern stellt mit dem Beschluß der ökosozialen Marktwirtschaft die konsequente Veränderung der politischen Landschaft durch unseren Willen dar, sagte Wissenschaftsminister Dr. Erhard BUSEK in seinem Statement. Der

Wertewandel unserer Zeit werde durch konsequentes Handeln dokumentiert.

Die Herausforderung unserer Zeit sei es, die Lebensbedingungen unserer Welt zu sichern und für nächste Generationen zu erhalten. Die ökosoziale Marktwirtschaft stelle die wesentlichste Ergänzung der sozialen Marktwirtschaft dar. Es gebe nichts Kostbareres als das Leben, welches heute bedroht sei. Bedroht durch die Technik, durch Formen nicht gelungenen menschlichen Zusammenlebens, durch unachtsamen Umgang mit dem Leben bis dahin, es gar nicht auf die Welt kommen zu lassen, unterstrich BUSEK. In diesem Zusammenhang stelle die ökosoziale Marktwirtschaft die wirtschaftliche Konsequenz eines christlichen Berufungsgrundes politischer Arbeit dar, sagte BUSEK.

Der innere Wandel der Politik sei heute notwendig geworden. "Wir haben Verantwortung angenommen, für die Zukunft zu sorgen." Dies verlange auch praktische Konsequenzen. Die Wissenschaft müsse neue Schwerpunkte setzen in den Bereichen der Umweltforschung und der Grundlagenforschung. Sie müsse genügend Mittel zur Verfügung stellen. Sie müsse die Begabungsreserven des Landes mobilisieren und die Qualität der Fantasie durch ein österreichisches Forschungsbewußtsein nützen. Im Bereich der Wissenschaften müsse sich Österreich so verhalten, als wäre es bereits Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, dabei müsse es so agieren, daß die EG dies auch so verstehe. Denn im Forschungsbereich gebe es für Österreich keine andere Alternative, als an der internationalen Forschungskoooperation teilzunehmen.

## ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT AUCH HERAUSFORDERUNG FÜR NEUE POLITISCHE KULTUR

Die ökosoziale Marktwirtschaft sei auch eine Herausforderung für einen neuen Stil der politischen Auseinandersetzung. Dabei gehe es nicht darum, keine Auseinandersetzungen, sondern andere Auseinandersetzungen auszutragen, erklärte BUSEK.

"Wir haben heute die Chance, Österreich neu zu beschreiben." Die Erste und die Zweite Republik seien unter Bedingungen der Not nach den Weltkriegern entstanden. Heute könne man aus der Sicht der Prosperität sich manches entledigen, das bisher eingeengt hat. Jetzt sei auch der Zeitpunkt für breite inhaltliche Diskussionen. "Weil wir mit der ökosozialen Marktwirtschaft ein Programm anbieten können," schloß BUSEK.

## FISCHLER: WER UNSERE PRINZIPIEN VERTRITT, IST AUFGEFORDERT, EIGENVERANTWORTUNG ZU TRAGEN

Die Lebensräume der Bauern seien unser Zukunftsräume, erklärte Landwirtschaftsminister Dr. Franz FISCHLER. Der Bauer könne aber nur dann für die gesamte Bevölkerung Qualität erzeugen und eine qualitative Landschaft erhalten, wenn ihm dies auch bezahlt werde.

Daher sei es nicht möglich, daß die flächendeckende Landwirtschaft Österreichs auf dem Altar der internationalen

# ÖVP-Pressedienst

Handelsbeziehungen geopfert werde. Österreichs Landwirtschaft könne nicht bestehen, wenn sie völlig zügellos von Billigstwaren überschwemmt werde. Nur wenn es gelinge, jedem klar zu machen, daß der Kauf österreichischer Produkte auch die Förderung und Bejahung der österreichischen Landwirtschaft bedeute, nur wenn man klar machen könne, daß ein Ja zu Österreich und seinen Produkten, ein Handeln im Sinne der ökosozialen Marktwirtschaft darstelle, dann werde es gelingen, diese Qualität für Österreich zu sichern.

Es seien die Bauern gewesen, die als erste des Weg der ökosozialen Marktwirtschaft beschritten haben. Dafür habe es internationale Anerkennung und Bewunderung gegeben. "Die ökosoziale Marktwirtschaft ist unteilbar. Wir brauchen keine Trittbrettfahrer oder Logensitzer, die nicht bereit sind, am Geschehen mitzuwirken. Wer unsere Prinzipien vertritt, ist aufgefordert, Eigenverantwortung zu tragen", schloß FISCHLER.

## BRUCKMANN: VERANTWORTUNG FÜR DAS MORGEN GESCHAFFEN

Es sei ihm ein Anliegen, drei Fakten, die die ökosoziale Marktwirtschaft der ÖVP charakterisieren, besonders hervorzuheben, sagte der Umwelt-Sprecher der ÖVP, Abg. Univ.Prof. Dr. Gerhart BRUCKMANN, in der Diskussion. Der Erfolg des Konzeptes hänge zu einem großen Teil von seiner Durchführung ab. Die schrittweise, konsequente Einführung sei der richtige Weg, nicht der Ruf nach einem "starken Mann". Dieses Schreckgespenst dürfe die ÖVP als eine zutiefst dem demokratischen Denken verpflichtete Partei nicht aufkommen lassen.

Weiters müsse die ökosoziale Marktwirtschaft sämtliche politische Bereiche durchdringen. Alle Minister, die gesamte Legislative und Exekutive sei daher aufgerufen, den ersten Schritt zur Realisierung zu tun, fuhr BRUCKMANN fort. Schließlich sei dieser Bundesparteitag ein historisches Datum, weil es erstmals gelungen sei, die Arbeit der Vordenker-Organisationen mit jener der Politiker zu verbinden. Somit sei die optimale Voraussetzung geschaffen, die erhöhte Verantwortung für das Morgen zu erbringen.

## TAUS: GESUNDE WIRTSCHAFT IST BASIS FÜR OKOSOZIALE POLITIK

Mit dem Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft habe die ÖVP einen Fuß in die Zukunft gesetzt. Der andere Fuß müsse aber auf sicherem Grunde stehen. Dieser sichere Boden sei eine gesunde, starke, leistungsfähige Wirtschaft, sagte ÖVP-Wirtschaftssprecher Abg. Dr. Josef TAUS.

Effizienter Umweltschutz koste etwas und diese Kosten seien zu tragen. Daher müßten die Unternehmungen stark bleiben und die Wirtschaft dürfe nicht zu Tode belastet werden, forderte TAUS.

## SCHILCHER: INTEGRATION BRAUCHT VIELFALT

Kreativität könnte nur in Freiheit entstehen. Daher habe Österreich, auch durch sein föderalistisches System, die besten Voraussetzungen, eine politische und internationale Integration



durchführen zu können, erklärte der steirische Landesschulratspräsident Dr. Bernd SCHILCHER. Für eine funktionierende Integration sei es aber besonders wichtig, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Kommunikation wieder in den Vordergrund zu rücken.

## SCHWARZENBERGER: STAATSGESUNDHEIT IST DEN BAUERN EIN ANLIEGEN

Bauer sein heiße, Verantwortung für Grund und Boden zu tragen. Durch die ökosoziale Politik des Josef RIEGLER konnten auch in der Landwirtschaft Erfolge für die Umwelt erzielt werden, bemerkte der neue Bauernbundpräsident Ing. Georg SCHWARZENBERGER. Dem Bauernstand sei es ein großes Anliegen, den Staat gesund zu erhalten und er sei daher bereit, auch die Kosten des Umweltschutzes mitzutragen. Das bedeute allerdings, so SCHWARZENBERGER, daß man den Bauern auch höhere Agrarpreise zugestehen müsse. "Vorbeugen ist immer noch billiger, als im Nachhinein zu sanieren".

## OFNER: SOZIALPARTNERSCHAFT DURCH BEIRAT FÜR UMWELTFRAGEN ERGÄNZEN

Bei der Zielsetzung der ökosozialen Marktwirtschaft dürfe der soziale Teil nicht nachrangig behandelt werden, forderte der ÖAAB-Fraktionsführer im Österreichischen Arbeiterkammertag, Dr. Günter OFNER, in der Debatte. Wandel und Umbruch führten nicht nur zu Hoffnungen, sondern auch zu Ängsten. Man müsse daher den Arbeitnehmer klarmachen, daß engagierter Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung keine Gegensätze seien. Daher fordere er, OFNER, daß die Sozialpartnerschaft durch einen Beirat für Umweltfragen ergänzt werde.

## ERMACORA: SACHDISKUSSION STATT PERSONALDISKUSSION

Der Parteitag habe gezeigt, daß er nicht von Personaldiskussionen, sondern von einer ausgezeichneten Sachdiskussion geprägt war, erklärte Abg. Univ.Prof. Dr. Felix ERMACORA in seinem Diskussionsbeitrag.

Bei der Diskussion um die Entwicklungen in Osteuropa sei der scheinbare Zusammenbruch des kommunistischen Systems zu bemerken. In Wirklichkeit handle es sich jedoch um den Zusammenbruch der dortigen Wirtschaftssysteme. Wenn also Österreich den osteuropäischen Staaten helfen will, so dürfe es dies nicht durch die Stützung dieser Wirtschaftssysteme tun. Was es aber leisten müsse, sei ein Ökologie-Transfer.

Ökosoziale Marktwirtschaft habe als besonderes Element die Verantwortung für die Umwelt sei Verantwortung für den Menschen, der dort lebt.

## DITZ: WIRTSCHAFTSBUND BEFÜRWORTET ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UNEINGESCHRÄNKT

Im Namen des Österreichischen Wirtschaftsbundes begrüßte und befürwortete der geschäftsführende Generalsekretär Dr. Johannes DITZ die ökosoziale Marktwirtschaft. Sie biete die Chance, die österreichische Marktwirtschaft weiterzuentwickeln und gebe der

Wirtschaft die Möglichkeit, sich als Partner an der Lösung der Umweltprobleme zu beteiligen.

Nur durch Zusammenarbeit von kritischen Konsumenten und kreativen Unternehmern und durch die Einbindung in ein Gesamtkonzept sei dies jedoch möglich. Dazu bedürfe es:

- o Erhöhung der Ausgaben für Umweltschutz mit gleichzeitiger rigorosen Kosteneinsparung auf anderen Gebieten.
- o Fortsetzung der Privatisierung - der Staat habe sich als schlechter Unternehmer erwiesen. Der zweite Schritt der Privatisierung müsse über die 50-Prozent-Marke gehen.
- o Gelebter Umweltschutz mit Neuordnung der gesamten Wirtschaftsförderung in Richtung Innovation und Umwelt.
- o Umweltpolitik braucht zwar neue Vorschriften, jedoch sei es an der Zeit, alte, überholte Vorschriften abzubauen, zu entbürokratisieren und zu deregulieren.
- o Die zweite Stufe der Steuerreform müsse einerseits eine eindeutliche Akzentuierung des Steuersystems, andererseits die Fortsetzung der Steuerentlastung mit sich bringen.

## LEITANTRAG "ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT" ANGENOMMEN

Im Anschluß an die Plenumsdiskussion des Zukunftsparteitages brachte Vizekanzler Bundesparteiobmann Dipl.Ing. Josef RIEGLER den Leitantrag "Ökosoziale Marktwirtschaft - Neu denken. Für Wirtschaft und Umwelt" zur Abstimmung. Der Leitantrag wurde ohne Gegenstimmen, mit einer Stimmenthaltung, angenommen.

Dieser Leitantrag richte sich an eine breite Plattform aller Bewegungen, die das gleiche Ziel haben. Gleichzeitig sei er auch eine Aufforderung und ein Angebot an die Politiker zu einer Koalition mit den Mitbürgern, sagte Minister Dr. Erhard BUSEK nach der Verkündung der überwältigenden Annahme des Leitantrages.

Durch diese Annahme sei das Programm aber nicht beendet, sondern habe begonnen. "Wir haben es uns zu erarbeiten, mit dem Kopf und mit dem Herzen", sagte BUSEK und betonte, daß alle Anwesenden nun die Träger einer Zukunftseinstellung sein müßten.

Die Entscheidung, diesen Parteitag offen zu gestalten, sei eine Entscheidung für die Priorität des Lebens gewesen. Damit habe Vizekanzler Bundesparteiobmann Dipl.Ing. Josef RIEGLER die nötige Offenheit der heutigen Zeit erkannt und umgesetzt. Den Erfolg des Parteitages habe daher auch Vizekanzler RIEGLER und seine Politik in der Volkspartei für sich gewonnen. Jetzt seien Ethos, Moral und innere Kraft entscheidend. "Die Verwirklichung hat begonnen", schloß BUSEK.

# ÖVP-Pressedienst

RIEGLER: WECHSEL AN DER KP-SPITZE IN CSSR STELLT ERSTEN GROSSEN ERFOLG FÜR REFORMBEWEGUNG DAR

Zu Beginn seines Schlußreferates verlas Vizekanzler Bundesparteiobmann Dipl.Ing. Josef RIEGLER ein Telegramm, das er an Vaclav HAVEL gesandt hatte:

"Liebe Freunde! Mit großer Sympathie und Anteilnahme haben wir die dramatischen Ereignisse letzte Nacht in Prag verfolgt. Der Wechsel an der Spitze des KP stellt einen ersten großen Erfolg für Eure Reformbewegung dar: In Eurem couragierten Ringen um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte könnt Ihr auf unsere volle Unterstützung und Solidarität zählen. Wir werden alles in unseren Kräften stehende tun, damit auch in der Tschechoslowakei Pluralismus, Demokratie und Freiheit voll wirksam werden. Mit besten Grüßen Vizekanzler Dipl.Ing. Josef RIEGLER".

UNSEREN PLATZ IM EUROPA DER 90er-JAHRE SICHERN

In seinem Abschlussreferat beim Zukunftsparteitag bezeichnete Bundesparteiobmann Vizekanzler Dipl. Ing. Josef RIEGLER die Bewältigung der europäischen Herausforderung als Schlüsselaufgabe der kommenden Regierungstätigkeit und als Kernstück des zukünftigen Regierungsprogramms der ÖVP. RIEGLER sprach von einer breiten Offensive, mit der Österreich in Fahrt gebracht werden müsse. Gerade weil sich die Entwicklung rund um Österreich beschleunigt habe, müssten wir an Tempo zulegen. Es gehe um Österreichs Zukunft, um Österreichs Platz im Europa der 90er-Jahre.

Innerhalb weniger Wochen habe sich Europa tiefgreifend verändert, sei es zum Triumph von Freiheit und Recht über Unterdrückung und Unrecht gekommen, meinte RIEGLER unter Hinweis auf die Entwicklung in osteuropäischen Ländern. Das Verlangen nach Freiheit und Selbstbestimmung könne zwar unterdrückt und durch brutalen Polizeieinsatz scheinbar zum Verstummen gebracht werden, es könne aber niemals gänzlich erstickt und ausgelöscht werden. Mit dem Mut der Verzweiflung hätten sich Bürger in Osteuropa ihre demokratischen Rechte erkämpft, sie hätten sich in der gemeinsamen Losung zusammengefunden: Freiheit und Demokratie. Durch diese Entwicklung sei auch Österreich politisch und wirtschaftlich gefordert, zunächst durch die Bereitschaft, die friedlichen Entwicklungen in Osteuropa zu unterstützen.

Ziel der ÖVP sei es, Österreich in das neue Europa der 90er-Jahre zu führen, in ein Europa des Aufbruchs und der Dynamik, ein Europa faszinierender Zukunftschancen. Die ÖVP habe für diese Aufgabe die besten Voraussetzungen, stellte RIEGLER fest, weil die ÖVP für Mobilität, für die Marktwirtschaft, für Wettbewerb, für Qualität, für Leistung und Ideenreichtum stehe.



## AUFGABEN DES STAATES NEU BESTIMMEN

Österreich brauche, so RIEGLER, eine Strukturoffensive verbunden mit einer Neubestimmung der Aufgaben des Staates, auf den in den nächsten Jahren neben der Vorbereitung des EG-Beitritts und der Bewältigung des Umsturzes in Osteuropa gewaltige Herausforderungen zukommen. RIEGLER nannte u.a. die Absicherung des Generationenvertrages sowie die Anforderungen in den Bereichen Umweltschutz, Bildung und Forschung, wobei der Kurs der Budgetkonsolidierung beibehalten werden müsse. Um diese neuen wichtigen Aufgaben erfüllen zu können, müssten bestehende Aufgaben des Staates kritisch durchforstet und die wirtschaftlichen Funktionen des Staates neu überdacht werden.

So dürfte es künftig, wie RIEGLER betonte, bei der Privatisierung keine ideologische "51-Prozent-Barriere" geben, sondern nur die Frage der Zweckmässigkeit für Österreich. Für bisher öffentliche, durch den Staat ausgeübte Aufgaben seien die wirtschaftlichsten und zweckmässigsten Organisationsformen zu finden. Auch Bahn und Post seien auf diese Weise in Form einer Aktiengesellschaft mit entscheidungsberechtigten Vorständen flexibler und eigenverantwortlich zu führen. Zu dieser Offensive gehöre darüberhinaus eine umfassende Verwaltungsreform.

Zentrale Bedeutung für ein leistungsfähiges Österreich und seine Chancen in Europa habe die nächste Steuerreform-Etappe, hob RIEGLER weiter hervor. Der Vizekanzler hob dabei insbesondere die Vereinfachung des Steuersystems, den Einbau ökologischer Akzente sowie die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hervor.

## CHANCEN FÜR ÖSTERREICHS FREIZEITWIRTSCHAFT

Grosse Chancen sieht Vizekanzler Dipl. Ing. Josef RIEGLER für Österreichs Freizeitwirtschaft, die zur Wahrung dieser Chancen gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Förderung der Qualität und die bestmögliche Ausbildung der Beschäftigten benötige. Weiters müsse durch die neue ökosoziale Agrarpolitik eine flächendeckende Landbewirtschaftung sichergestellt werden, die auch eine faire Leistungsabgeltung für die Bewahrung der Kulturlandschaft beinhalte und den Bauern attraktive Möglichkeiten der Einkommenskombination gebe.

## NEUGESTALTUNG DES BILDUNGSSYSTEMS

Der Wandel der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur erfordere zwingend eine Neugestaltung des Bildungs- und Ausbildungssystems, stellte Vizekanzler Josef RIEGLER in seinem Referat weiter fest. Die Herausforderungen einer Bildungsoffensive seien, der Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung zu stellen, den jungen Menschen in einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt durch bessere Qualifikation bessere Chancen zu eröffnen und schliesslich auch die Jugend zu "ganzen" Menschen zu erziehen und zu bilden, also den Verstand ebenso wie das Herz, den Körper und die Seele.

Als entscheidende Ziele der Bildungspolitik der ÖVP bezeichnete RIEGLER die Vielfalt in der Bildungslandschaft für unterschiedliche Begabungen und Interessen, die Qualität der Bildung sowie Leistung, die von den Lernenden ebenso erwartet werde wie von den Lehrenden. Dabei müssten auch die Bildungseinrichtungen selbst auf den Prüfstand der Leistung gestellt werden.

Da auf Grund der demographischen Entwicklung in den kommenden Jahren eine empfindliche Lücke bei vielen Facharbeiterberufen eintreten werde, müsste die Lehre wieder attraktiv gemacht werden, betonte RIEGLER. Der tüchtige Handwerker und Facharbeiter sowie die vielen neu entstehenden Berufe in neuen Technologien verdienen Anerkennung und Respekt. Eltern sollten ebenso stolz sagen können "mein Kind lernt", wie sie heute sagen "mein Kind studiert". Die Wege, die zur Lehre führen, sollten daher attraktiver gemacht werden bzw. neue Wege in die Lehre geöffnet werden, so etwa für Maruranten.

Angesichts überquellender Universitäten und einer Studienabbrucherquote von bereits mehr als 50 Prozent bedürfe es, so RIEGLER, auch einer Entlastung der Universitäten durch neue Bildungsangebote, wie sie in Vorarlberg bzw. in der Steiermark bereits erprobt werden bzw. vor der Erprobung stehen.

## OFFENSIVE IN DER SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

Zu den politischen Schwerpunkten der ÖVP zählt laut RIEGLER auch die Sozial- und Gesundheitspolitik, wobei der Vizekanzler insbesondere die menschliche Dimension ansprach. So dürften bei einer Pensionsreform bestehende Pensionen nicht angetastet werden. Ebenso gehe in der Krankenversicherung nicht nur um deren finanzielle Leistungsfähigkeit, sondern generell um die Bewältigung des Problems Krankheit in einer menschlichen Atmosphäre.

Die Erfahrung von Krankheit und Alter sei untrennbar mit dem menschlichen Leben verbunden, sagte RIEGLER. "Helfen wir nicht nur durch die beste medizinische Betreuung und Pflege. Schenken wir auch menschliche Anteilnahme, Mitgefühl und Nächstenliebe. Geben wir Kranken und Alten mehr Chancen, in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können".

## FAMILIENPAKET: MEILENSTEIN IN DIE ZUKUNFT

Wie RIEGLER hervorhob, sei Sozialpolitik von der Familienpolitik nicht zu trennen. Der Generationenvertrag verlange ein einigermaßen ausgewogenes Verhältnis von Aktiven und Pensionisten. Daher müsse es attraktiver werden, mehrere Kinder zu haben, die Familie müsse eine grössere Bedeutung in der Gesellschaft erlangen. Das zwischen den Regierungsparteien vereinbarte Familienpaket bezeichnete RIEGLER in dieser Hinsicht als einen Meilenstein in die Zukunft, vor allem auch, weil es den Frauen mehr Wahlmöglichkeiten und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bringe.

## ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT: RICHTSCHRUR ZUKÜNFTIGEN POLITISCHEN HANDELNS

Das Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft bezeichnete RIEGLER in seinem Referat als Richtschnur für das zukünftige politische Handeln der ÖVP. Dieses Konzept ermögliche eine Umwelt- und Wirtschaftsoffensive, indem Umweltschutz in die Marktwirtschaft integriert werde, eine offensive Wirtschaftspolitik der Schlüssel für eine bessere Umweltpolitik werde.

Künftig müsse der Markt die richtigen Signale bekommen. Neue Technologien, umweltschonende Produktionsverfahren, sparsamer Umgang mit Energie und Rohstoffen entstünden nicht durch verschärfte Strafen, sondern durch attraktive wirtschaftliche Anreize. Positive Anreize seien wirksamer als negative Sanktionen, gab sich RIEGLER überzeugt. "Statt auf Resignation, setzen wir daher auf Aktion, statt auf Sanktionen, setzen wir auf Investitionen, statt auf mehr Bürokratie, setzen wir auf moderne Technologie und statt auf mehr Staat, setzen wir auch beim Umweltschutz auf mehr Markt", sagte RIEGLER.

## DIE UNTERSCHIEDE KLAR MACHEN

In seinem Referat ging RIEGLER dann auf die Notwendigkeit ein, die Unterschiede zwischen den Parteien klar zu machen. Am Wahltag werde entschieden, sagte RIEGLER und warf die Frage auf, ob dabei auch zwischen den Konkurrenten richtig unterschieden werde oder nur vordergründige Stimmungen entscheiden würden. Daher müssten die Unterschiede deutlich aufgezeigt werden. So zwischen - einer SPÖ, die die Steuern wieder erhöhen will, und einer ÖVP, die sie weiter senken will; - einer SPÖ, die Umweltprobleme durch neue Vorschriften und mehr Bürokratie zu lösen glaubt, und einer ÖVP, die den Umweltschutz in die Marktwirtschaft integriert; - einer SPÖ, die unser Bildungssystem nivelliert, und einer ÖVP, die den vielfältigen Talenten und Begabungen zum Durchbruch verhelfen will; - einer SPÖ, die für mehr Staat eintritt, und einer ÖVP, die mehr Privat will.

Zur FPÖ meinte RIEGLER, Kritik und haltlose Unterstellungen könnten nicht das ersetzen, was Österreich gerade jetzt an Programmen und Weichenstellungen brauche. "Stil kann nicht Substanz ersetzen, ebensowenig wie ein blauer Schal ein fundiertes Programm". Österreich brauche keine "schillernden Mundwerker", sondern "solide Handwerker", gefragt sei der "Blick in die Zukunft" und nicht die "Spekulation mit der Vergangenheit".

Zum Abschluss seines Referates rief RIEGLER dazu auf, sich den existenziellen Problemen des Landes zuzuwenden und in den Wettstreit der Ideen einzutreten. "Unsere Aufgabe ist die Gestaltung der Zukunft". Durch schlüssige Ideen, kraftvolles Handeln und eine glaubwürdige Mannschaft wolle die Volkspartei das Vertrauen erwerben, um Österreich in die 90er-Jahre zu führen.

Nach dem Referat von Bundesparteiobmann Vizekanzler Josef RIEGLER wurde der Zukunftsparteitag der ÖVP mit der Bundeshymne beendet.